



Libyen: Der Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Schleusern und Kooperation mit libyschen Behörden, setzt Menschen Misshandlungen und willkürlicher Verhaftung aus

An: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Brüssel, den 22. Februar 2017

Sehr geehrte Bundeskanzlerin,

Wir, die unterzeichnenden Nichtregierungsorganisationen, sind sehr besorgt über die Richtung der EU-Libyen Politik, dargelegt in der Mitteilung der Kommission zur Steuerung der Migrationsströme entlang der zentralen Mittelmeerroute (25.01.17), den Beschlüssen des Malta Gipfels (03.02.17) und Schlussfolgerungen des Europäischen Rates (06.02.17), mit dem Ziel, Migrationsbewegungen durch libysches Staatsgebiet zu unterbinden.

Die Entscheidung, die Verantwortung für die Kontrolle von Migrationsbewegungen entlang der Mittelmeerroute auf Libyen zu übertragen, wird weder Menschenrechtsverletzungen reduzieren, noch Schleusern ein Ende setzen. Stattdessen wird es zu einer deutlichen Steigerung von Leid und Elend führen.

Die Pläne der EU werden Festnahmen und Abschiebehaft von Migrant*innen in Libyen verschlimmern und Menschen verstärkt schweren Menschenrechtsverletzungen aussetzen.

Die politische Einflussnahme der, von den vereinten Nationen gestützten, Regierung in Tripolis ist begrenzt, instabil und stet in Konkurrenz mit der Einflussnahme anderer Akteure. Die EU selbst schätzt die Lage in Libyen als `unsicher` ein und systematische Gewalt gegen Migrant*innen und Flüchtlinge wurde vielfach dokumentiert. Eine Vielzahl von Berichten von Menschenrechtsorganisationen haben die schweren, grausamen Zustände in Libyen

beschrieben: Vergewaltigung, Folter, Hinrichtung und weiteres Leid. Unsere Organisationen haben verlängerte, willkürliche Haft, Folter und andere Misshandlungen genau in den Zentren dokumentiert, wo Flüchtlinge und Migrant*innen, die von der libyschen Küstenwache an der Überfahrt nach Europa gehindert wurden, festgehalten werden.

Die Erklärung von Malta gibt an, dass die EU sich bemüht, „gemeinsam mit dem UNHCR und der IOM angemessene Aufnahmekapazitäten und -bedingungen für Migranten in Libyen zu gewährleisten“. Jedoch haben IOM sowohl als UNHCR in einer gemeinsamen Stellungnahme erklärt, dass Sicherheitseinschränkungen sie weiterhin an ihrer Fähigkeit hindern, lebensrettende Hilfe und grundsätzliche Hilfsleistungen für die am meisten gefährdeten Personen zu erbringen und Lösungen durch Umsiedlung, unterstützter freiwilliger Rückkehr und Selbstversorgung zu finden. Dies macht jegliche Versicherungen bezüglich der Kontrolle der Einhaltung der Menschenrechte und der Verbesserung von Abschiebehaftbedingungen unbedeutend.

Wie können die EU Mitgliedsstaaten unter diesen Umständen die Festsetzung von Menschen in Libyen verantworten? Europäische Regierungen können nicht selber Menschen nach Libyen zurückführen ohne den Grundsatz der Nichtzurückweisung zu brechen, da Menschen, die abgeschoben werden dem Risiko schwerer Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt wären. Vor diesem Hintergrund verstehen wir die aktuellen EU Maßnahmen, die zum Ziel haben, libyschen Behörden zu ermöglichen, Migrant*innen von der Überfahrt nach Europa abzuhalten und sie nach Libyen zurückzuführen, als eindeutigen Versuch, internationale Verpflichtungen zu umgehen. Diese Praxis ignoriert, welche gravierende Folgen dies für tausende Männer, Frauen und Kinder hätte.

Die Finanzierung von Behörden, die mit Grenzschutz und Küstenschutz in Libyen betraut sind, wird lediglich die systematischen Verhaftungen und Festnahmen von Flüchtlingen und Migrant*innen fördern und sie Misshandlungen und Mißbrauch in libyschen Gefängnissen aussetzen. Weiterhin, wird es diejenigen, die in der Tat vor Verfolgung fliehen, daran hindern, in Sicherheit zu gelangen. Dieser Ansatz verdammt Menschen zu weiterem, völlig unnötigem Leid und nimmt Menschenrechtsverletzungen in Kauf.

Wir würden gerne nachvollziehen können, mit wem die EU zusammenarbeiten will? Wie soll der libysche Küstenschutz überprüft werden? Wie werden diese Aktivitäten überprüft, wo viele Einheiten der Küstenwache selbständig arbeiten mit begrenzter Kontrolle seitens der Regierung und ohne jeglicher gerichtlicher Aufsicht? Mechanismen, um diese Akteure zu Rechenschaft zu ziehen, wurden nicht vorgesehen.

Der Schwerpunkt auf die Bekämpfung von Schleusern wird weder Migration verhindern, noch menschliches Leiden lindern.

Der effizienteste Weg, Menschenschmuggel zu unterbinden, sind nachhaltige Investitionen in den Herkunftsländern, sowie die Öffnung und Stärkung sicherer und regulärer Einreisemöglichkeiten nach Europa. Entwicklungshilfe mit dem Ziel der Unterstützung gefährdeter Bevölkerungsgruppen sollte nicht mit Zielsetzungen der Migrationssteuerung verknüpft werden.

Die Entscheidung der EU Staats- und Regierungschefs den Schwerpunkt nahezu ausschließlich auf die Bekämpfung der Schleuser zu legen, wird dem Migrationsbedarf nicht entgegenwirken. Menschen, die vor Krieg, Verfolgung oder mangelnder Existenzgrundlagen fliehen, werden weiterhin versuchen, über Libyen nach Europa zu kommen -ungeachtet der Anzahl der Festnahmen von Schleusern. In Niger, beispielsweise, haben Menschen bereits begonnen, gefährlichere Routen zu nehmen, die sie auf dem Weg nach Agadez durch die Wüste führen, einschließlich erhöhter Schleuserkosten, was möglicherweise weitere Menschenleben kostet.

Die Öffnung und Stärkung sicherer und regulärer Wege nach Europa ist unabdinglich, um Schleuseraktivitäten zu verhindern und so die Todesfälle im Mittelmeer bedeutend zu

senken; dies könnte auch die Ausgaben für europäische Rettungs- und Sicherheitsmaßnahmen deutlich senken.

Das EU-Türkei Abkommen kann nicht als Vorbild genommen werden

Das EU-Türkei Abkommen wurde vom Malta Gipfel als Erfolg bezeichnet. Die Einschätzung erfolgte nur auf Grundlage der Zahl der Ankünfte während die immensen humanitären Kosten solch eines Abkommens nicht in Betracht gezogen wurden. Tausende Flüchtlinge und Migrant*innen, die eine Rückführung in die Türkei riskieren, verharren unter unmenschlichen und lebensbedrohlichen Bedingungen auf griechischen Inseln. Weiterhin hat das Abkommen eine Umlenkung der Flüchtlings- und Migrationsbewegungen auf die Balkanroute befördert, was in einigen Fällen zu Tod wegen Unterkühlung geführt hat. Der Verlauf dieser Routen ist weniger eindeutig, einsehbar und die mediale Berichterstattung geringer. Dies führt zu der Vorstellung, dass das EU-Türkei Abkommen tatsächlich Ankünfte gestoppt hat.

Es fehlen Nachweise, dass die EU Folgenabschätzungen durchgeführt hat bezüglich der möglichen Auswirkungen der politischen Maßnahmen auf die Menschen, die davon betroffen sind. Die EU muss vollständige Verantwortung für die Folgen politischer Maßnahmen in Libyen und für möglicherweise daraus resultierendes menschliches Leiden übernehmen.

Wir fordern Sie auf:

- Ermöglichen und stärken Sie sichere und reguläre Wege für Flüchtlinge und Migrant*innen - einschließlich Umsiedlungen, Aufnahme aus humanitären Gründen, humanitäre Visa, Familienzusammenführungen, Mobilität von Arbeitskräften mit unterschiedlichen Ausbildungsniveaus und Studentenvisa. Schützen Sie das Recht auf Asyl unter jeglichen Umständen.
- Überprüfen Sie die Pläne des Malta Gipfels, um sicherzustellen, dass Schutzmaßnahmen für Menschenrechte und die Achtung internationalen Rechts gewährleistet sind; versichern Sie weiterhin, dass die Menschenrechte von Flüchtlingen und Migrant*innen respektiert werden, unabhängig von ihrem Status, wie im Valletta Aktionsplan festgelegt.
- Garantieren Sie, dass die EU Grenzschutzmaßnahmen Menschen und ihre Rechte schützen und nicht darauf abzielen, Migrationsbewegungen zu unterbinden. Grundfreiheiten müssen gewahrt werden. Sicherheitsbedürfnisse verschiedener Gruppen, einschließlich der am gefährdetsten Personen, müssen festgestellt werden.
- Nehmen Sie Nachweise über Menschenrechtsverletzungen in Libyen ernst und unterbinden Sie jegliche Aktionen, durch die Menschen zurück an die Libysche Küste gedrängt werden können. Die derzeitige Herangehensweise riskiert Verstöße gegen Grundfreiheiten und Gesetzesverstöße, einschließlich des Grundsatzes der Nichtzurückweisung.
- Untersuchen Sie die Menschenrechtssituation der Migrant*innen in Libyen und die Risiken, denen sie vor Ort ausgesetzt sind. Stellen Sie sicher, dass Aktivitäten, die von der EU finanziert und koordiniert werden, gründlich und objektiv hinsichtlich ihrer Auswirkungen untersucht werden. Unterstützen Sie internationale Organisation dabei, sicherzustellen, dass die libyschen Behörden ihre Pflichten zur Einhaltung von Menschenrechten erfüllen.
- Verlangen Sie die Gewährleistung von besonderem Schutz für besonders gefährdete Gruppen: Kinder, Migrant*innen und Flüchtlinge mit

Behinderungen, Opfer von Folter oder Menschenhandel und andere, die von Diskriminierung bedroht sind.

Wir würden uns sehr über eine Möglichkeit freuen, dies weiter mit Ihnen zu besprechen. Bitte nehmen Sie bei Bedarf Kontakt zu uns auf.

Mit freundlichen Grüßen,

Die unterzeichnenden Organisationen:

Act Alliance, Act alliance EU, Action for Equality, Support, Antiracism (KISA), Aditus, Agisra e.V, Aitima, Amici dei Bambini, Amnesty International, Amref Health Africa, ARCI, ARCS Culture Solidali, Asociación Por Ti Mujer, Association Afrique Culture Maroc, Association for Integration and Migration, Association for the Social Support of Youth (ARSIS), Associazione Italiana Donne per lo Sviluppo (AIDOS), Associazione per gli Studi Giuridici sull'Immigrazione (ASGI), Associazione Universitaria per la Cooperazione Internazionale (AUCI), Asti, Austrian Red Cross, BAG Asyl in der Kirche , Ban Ying, Caritas Europa, CEFA, Centro Informazione e Educazione Allo Sviluppo Onlus (CIES), Churches' Commission for Migrants in Europe (CCME), CIRÉ asbl, Comunità Volontari per il Mondo (CVM), CONCORD Sweden, Consorzio ONG Piemontesi (COP), Cooperazione e Solidarietà Internazionale (AOI), Cooperazione Internazionale Sud Sud (CISS), Cooperazione per il mondo in via di sviluppo (COMI), Cooperazione per lo sviluppo dei paesi emergenti (Cospe Onlus), Coordinamento Italiano network Internazionali (CINI), Detention Action UK, Differenza Donna, European Federation of National Organisations Working with the Homeless (FEANTSA), European Network Against Racism (ENAR), European Network of Migrant Women, Fachstelle Fauenhandel und Frauenmigration (FIZ), Fédération internationale des droits de l'Homme (FIDH), Federazione Organismi Cristiani di Servizio Internazionale Volontario, Greek Forum of Refugees , het Wereldhuis, Immigrant Council of Ireland, International Catholic Migration Commission Europe (ICMC), Jesuit Refugee Service Europe (JRS), La Cimade, La Strada International , Médecins du Monde, Medibüro Kiel e.V. , Menedék - Hungarian Association for Migrants, Migrant Rights Centre Ireland (MRCI), Migrant Voice, Missing Children Europe, Naga Onlus, Open Society European Policy Institute, PAX, Platform for International Cooperation on Undocumented Migrants (PICUM), Prodocs, Progetto Mondo, Red Acoge, Réseau Education Sans Frontières (RESF), Segreteria Società Italiana di Medicina delle Migrazioni (S.I.M.M.), Serviço Jesuíta aos Refugiados (JRS Portugal), Sonia, Stichting Ros, Stowarzyszenie Interwencji Prawnej, Terre des Hommes, The Research, Centre on Asylum and Migration (IGAM), Un ponte per.